

Geschäftsbericht 2009

# Bundesverwaltungsgericht



<b>Einleitung</b>	<b>66</b>
<b>Zusammensetzung des Gerichts</b>	<b>67</b>
<b>Gerichtsorganisation</b>	<b>70</b>
<b>Kommissionen</b>	<b>71</b>
<b>Geschäftslast</b>	<b>72</b>
<b>Koordination der Rechtsprechung</b>	<b>75</b>
<b>Gerichtsverwaltung</b>	<b>75</b>
<b>Aufsicht</b>	<b>77</b>
<b>Zusammenarbeit</b>	<b>78</b>
<b>Projekt St. Gallen</b>	<b>79</b>
<b>Statistiken</b>	<b>80</b>

## Geschäftsbericht des Bundesverwaltungsgerichts 2009

---

21. Januar 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes  
erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2009.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen  
und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer  
vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesverwaltungsgerichts

Der Präsident:	Christoph Bandli
Die Generalsekretärin:	Prisca Leu

## Einleitung

---

Im dritten Geschäftsjahr zeigten die Synergien, die der Gesetzgeber von der Überführung der eidgenössischen Rekurskommissionen und der departementalen Beschwerdedienste in das Bundesverwaltungsgericht erwartet hat, deutlich Wirkung. Die Belastung der Richterinnen und Richter mit administrativen Aufgaben nahm ab und die Anzahl der erledigten Fälle nahm zu. Damit konnten zwei der zentralen für 2009 gesetzten Gerichtsziele erreicht werden. Ein weiteres wichtiges Ziel wurde mit dem Abbau eines grossen Teils der von den Vorgängerorganisationen übernommenen Fälle erreicht. Die Anzahl der vor 2007 anhängig gemachten Beschwerden konnte im Berichtsjahr um 77 Prozent bzw. von 1889 auf 436 hängige Fälle reduziert werden. Gleichzeitig wurden insgesamt 294 (3%) Fälle mehr als im Jahr 2008 erledigt und konnten über 1000 Pendenzen abgebaut werden.

Von den 2009 erledigten 9209 Fällen waren 2500 (27%) beim Bundesgericht anfechtbar. Tatsächlich weitergezogen wurden 388 (16%) der beschwerdefähigen Urteile.

Um seine Effizienz weiter zu steigern, hat das Bundesverwaltungsgericht 2009 verschiedene Massnahmen getroffen. Zu erwähnen sind vorab die Arbeiten für eine neue IT-Plattform und eine neue Geschäftskontrolle. Zusammen mit einer neuen Dokumentationspolitik soll die Informatik ab 2011 eine benutzerfreundliche und zukunftsgerichtete Unterstützung der Rechtsprechung sicherstellen.

Um die im Geschäftsbericht 2008 erwähnte Ressourcenzuteilung an die Abteilungen zu optimieren, wurde bei der Universität Bern und der Universität St. Gallen eine Studie zur Erfassung der Geschäftslast (Geschäftslastbewirtschaftung) in Auftrag gegeben. Die für Ende 2010, Anfang 2011 erwarteten Ergebnisse werden es dem Gericht ermöglichen, seine Mittel und das richterliche sowie nichtrichterliche Personal bedarfsgerechter einzusetzen.

Aufgrund des im August 2009 abgeschlossenen Abkommens über ein Amtshilfegesuch des US Internal Revenue Service (IRS) betreffend UBS AG zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika ist im Jahr 2010 mit einer starken Zunahme der Amtshilfeverfahren verbunden mit einer entsprechend höheren Geschäftslast zu rechnen. Das Gericht hat deshalb zur Gewährleistung des ordentlichen Geschäftsgangs bereits im Berichtsjahr die notwendigen organisatorischen und personellen Massnahmen getroffen.

Im Hinblick auf den Umzug des Gerichts nach St. Gallen wurde im Jahr 2008 die «Projektorganisation St. Gallen 2012» initiiert. Sie hat im Berichtsjahr die Konzepte verabschiedet, deren Umsetzung ab 2010 geplant wird.

## Zusammensetzung des Gerichts

---

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Präsident: Christoph Bandli  
Vizepräsident: Markus Metz

#### Verwaltungskommission

Präsident: Christoph Bandli  
Mitglieder: Markus Metz  
Bruno Huber  
Claude Morvant  
Bendicht Tellenbach

#### Präsidentenkonferenz

Präsident: Alberto Meuli, Präsident Abteilung III  
Mitglieder: Lorenz Kneubühler, Präsident Abteilung I  
Bernard Maitre, Präsident Abteilung II  
Claudia Cotting-Schalch, Präsidentin Abteilung IV  
Walter Stöckli, Präsident Abteilung V

#### Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin: Prisca Leu  
Stellvertreterin: Placida Grädel-Bürki

### Abteilungen

#### Abteilung I

Präsident: Lorenz Kneubühler  
Mitglieder: Christoph Bandli  
Michael Beusch  
Jérôme Candrian  
Alain Chablais (ab 1.9.)  
Kathrin Dietrich  
Beat Forster  
Markus Metz  
Pascal Mollard  
André Moser  
Claudia Pasqualetto Péquignot  
Daniel Riedo  
Marianne Ryter Sauvant  
Thomas Stadelmann  
Salome Zimmermann

## **Abteilung II**

Präsident:

Bernard Maitre

Mitglieder:

Maria Amgwerd

David Aschmann

Jean-Luc Baechler

Stephan Breitenmoser

Francesco Brentani

Ronald Flury

Vera Marantelli

Claude Morvant

Eva Schneeberger

Frank Seethaler

Marc Steiner

Hans Urech

Philippe Weissenberger

## **Abteilung III**

Präsident:

Alberto Meuli

Mitglieder:

Elena Avenati-Carpani

Ruth Beutler

Jean-Daniel Dubey

Johannes Frölicher

Madeleine Hirsig-Vouilloz

Antonio Imoberdorf

Stefan Mesmer

Francesco Parrino

Michael Peterli

Franziska Schneider

Marianne Teuscher (ab 1.2.; s. auch Abteilung V)

Andreas Trommer

Vito Valenti

Bernard Vaudan

Blaise Vuille

Beat Weber

#### **Abteilung IV**

Präsidentin:

Claudia Cotting-Schalch

Mitglieder:

Pietro Angeli-Busi

Gérald Bovier

Robert Galliker

Fulvio Haefeli

Walter Lang

Blaise Pagan

Gérard Scherrer

Daniel Schmid

Hans Schürch

Nina Spälti Giannakitsas

Bendicht Tellenbach

Thomas Wespi

Martin Zoller

#### **Abteilung V**

Präsident:

Walter Stöckli

Mitglieder:

Emilia Antonioni Luftensteiner

François Badoud

Muriel Beck Kadima (ab 1.1.)

Maurice Brodard

Jenny de Coulon Scuntaro

Gabriela Freihofer

Kurt Gysi

Bruno Huber

Therese Kojic-Siegenthaler (bis 30.4.)

Markus König

Christa Luterbacher

Jean-Pierre Monnet

Regula Schenker Senn

Marianne Teuscher (bis 31.1.; s. auch Abteilung III)

## Zusammensetzung des Gerichts

Im Berichtsjahr haben Muriel Beck Kadima als Richterin der Abteilung V und Alain Chablais als Richter der Abteilung I, beide von der Bundesversammlung im Jahr 2008 gewählt, ihre Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht aufgenommen. Am 23. September 2009 wurde Daniele Cattaneo als zusätzlicher Richter gewählt (Amtsantritt am 1. Januar 2010, Abteilung IV). Im Zusammenhang mit dem Amtshilfesuch der USA in Sachen UBS AG wurden am 9. Dezember 2009 Charlotte Schoder und Daniel de Vries Reilingh an das Bundesverwaltungsgericht gewählt. Ihre Stellen sind bis am 31. Oktober 2011 befristet.

Therese Kojic-Siegenthaler trat per 30. April 2009 in den Ruhestand. Thomas Stadelmann wurde am 9. Dezember 2009 als Bundesrichter gewählt. Er verlässt das Bundesverwaltungsgericht per 31. März 2010.

## Gerichtsorganisation

### Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu fünf Sitzungen in Bern oder in Zollikofen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Sitzungen halbiert.

Zu den wichtigsten Geschäften des Gesamtgerichts zählten die Revision verschiedener Bestimmungen des Reglements über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht sowie die Anpassung der Richtlinie über die Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter der Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts. Das Richterplenum genehmigte zudem die von der Kommission des Gesamtgerichts und der Verwaltungskommission erarbeitete Regelung über die Zuständigkeiten der Leitungsorgane (Gesamtgericht und Verwaltungskommission).

Nach einer einjährigen Testphase haben die Richterinnen und Richter beschlossen, die Heimarbeit am Bundesverwaltungsgericht für alle definitiv einzuführen. Gegenwärtig können 20 Prozent des Pensums in Heimarbeit geleistet werden. Das Plenum wird im Hinblick auf den Umzug nach St. Gallen zu einem späteren Zeitpunkt über eine mögliche (zeitliche) Erweiterung der Heimarbeit befinden.

Das Gesamtgericht wählte im Berichtsjahr sieben Richterinnen und Richter in die Kommission des Gesamtgerichts. Zudem hat es eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche den Auftrag hat, bis Ende 2010 einen Kodex der Richterethik auszuarbeiten.

Auch für 2010 hat sich das Gesamtgericht konkrete Jahresziele gesetzt: Die von den Vorgängerorganisationen übernommenen Fälle sollen vollständig und die im Jahr 2007 anhängig gemachten Fälle weitestgehend abgebaut werden. Zur Sicherung der Qualität der Rechtsprechung sollen ein erweitertes Koordinationsverfahren und eine weitere Entlastung der Richterinnen und Richter von administrativen Aufgaben beitragen. Massnahmen im Personalbereich und die Umsetzung mehrerer grösserer Projekte bilden die weiteren Jahresziele.

## Verwaltungskommission

Auch die Verwaltungskommission konnte ihren Sitzungsrhythmus im Berichtsjahr reduzieren. Es fanden insgesamt 18 (2008: 24) ordentliche Sitzungen statt, wovon eine gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt wurde. Zur Effizienzsteigerung trug vorab die Bildung von Ausschüssen bei; diese befassen sich mit Projekten oder Schwerpunktthemen, die das Gericht aktuell oder auf Dauer beschäftigen.

Wichtige Beschlüsse traf die Verwaltungskommission im Bereich der Informatik beziehungsweise des Plattformwechsels. So wurde der Auftrag für den Informatikbetrieb, die Bürokommunikation und das Netzwerk an das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation vergeben. Den Zuschlag für die Geschäftskontrolle und die Dokumentation hat die Firma Abraxas Juris AG erhalten.

Die Verwaltungskommission verabschiedete Richtlinien für das Beschaffungswesen und beschäftigte sich wiederholt mit dem Umzug des Gerichts nach St. Gallen (s. Projekt St. Gallen S. 79). Als zeitintensiv erwies sich die Erledigung vieler Personalgeschäfte. Neben Entscheidungen, die das Arbeitsverhältnis von Einzelpersonen betrafen, befasste sich die Verwaltungskommission insbesondere mit der Umsetzung der Vertrauensarbeitszeit und dem Laufbahnmodell für Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. Schliesslich setzte sie sich mit dem Ergebnis der Personalbefragung 2009 des Bundes auseinander, an welcher sich auch das Bundesverwaltungsgericht beteiligt hatte, und diskutierte allfälligen Handlungsbedarf.

## Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu 11 (2008: 13) Sitzungen und mit der Verwaltungskommission zu einer gemeinsamen Sitzung. Neben der Wahrnehmung der Koordinationsaufgabe (s. Koordination der Rechtsprechung S. 75) und der Verabschiedung von Stellungnahmen bei Vernehmlassungsverfahren (s. Vernehmlassungen S. 74) war die Präsidentenkonferenz auch mit dem IT-Plattformwechsel sowie der Dokumentationspolitik des Gerichts beschäftigt. Sie genehmigte die Richtlinien für die Dokumentation der Entscheide und den neuen Zirkulations- und Publikationsbogen.

## Kommissionen

### Kommission des Gesamtgerichts

Die derzeit aus sieben Richterinnen und Richtern bestehende Kommission des Gesamtgerichts hat mehrere Geschäfte des Plenums vorbereitet. Dazu zählten namentlich die Revision des Reglements über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht sowie Änderungen der Arbeitszeitweisungen und der Richtlinien für die Aus- und Weiterbildung. Sie befasste sich mit einer Anpassung der Richtlinien über die Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter der Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts sowie mit den Weisungen zur obligatorischen Vertrauensarbeitszeit. Schliesslich nahm die Kommission im Zusammenhang mit dem Erlass von Weisungen und Reglementen mehrfach zur Frage der Zuständigkeit des Plenums Stellung.

### Redaktionskommission

Die Redaktionskommission setzt sich aus je einer Richterin oder einem Richter pro Abteilung zusammen. Sie beschliesst auf Vorschlag einer Abteilung über die Aufnahme von Urteilen in die amtliche Entscheidungssammlung «Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE)» und ist verantwortlich für die einheitliche und koordinierte Publikation der Entscheide. Im Berichtsjahr traf sich die Redaktionskommission zu 21 Sitzungen. Es wurden insgesamt 65 Urteile publiziert.

### Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle, die zur Beilegung von Konflikten zwischen Richtern und Richterinnen angerufen werden kann, kam im Berichtsjahr nicht zum Einsatz.

## Personalkommission

Die Personalkommission setzt sich zurzeit aus zwölf Personen zusammen. Sie nimmt die Interessen der Mitarbeitenden wahr und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Leitungsorganen und dem Personal. Im Berichtsjahr hat sie mehrere Stellungnahmen zu aktuellen personalpolitischen Themen abgegeben (u.a. Laufbahnmodell für Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber, Vertrauensarbeitszeit, Verpflegungsangebot). Ihre Anliegen wurden von den Leitungsorganen wohlwollend aufgenommen.

## Beauftragte für Chancengleichheit

Die Aufgabe als Beauftragte für Chancengleichheit nehmen zwei Frauen und ein Mann wahr. Sie unterstützten im Berichtsjahr drei Personen in Fragen der Chancengleichheit bei Schwierigkeiten mit ihren Vorgesetzten und erledigten eine weitere, allgemeine Beschwerde. Gegenüber der Verwaltungskommission nahmen sie Stellung zur überarbeiteten Fassung des Leitfadens zum geschlechtergerechten Formulieren im Deutschen und zu sechs Vorlagen im Bereich der Arbeitsbedingungen. Im Berichtsjahr arbeiteten die Beauftragten für Chancengleichheit zudem an einer Richtlinie zur Vermeidung von sexueller Belästigung und Mobbing, welche im Jahr 2010 vom Plenum genehmigt werden soll.

## Geschäftslast

### Überblick

Die Statistiken ab Seite 80 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 7978 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Von diesen stammten 1889 von den vormaligen eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten. Bis zum Jahresende gingen 8141 neue Beschwerden ein, denen 9209 abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle sank zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2009 um 1068 (-13%). Aufgeschlüsselt nach den fünf Abteilungen ergibt sich folgendes Bild:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
<b>Abteilung I</b> Infrastruktur, Finanzen, Personal	<b>499</b>	<b>811</b>
<b>Abteilung II</b> Wirtschaft, Bildung, Wettbewerb	<b>424</b>	<b>378<sup>1</sup></b>
<b>Abteilung III</b> Ausländer, Gesundheit, Sozialversicherungen	<b>2529</b>	<b>2827<sup>1</sup></b>
<b>Abteilung IV</b> Asyl	<b>2674</b>	<b>3014</b>
<b>Abteilung V</b> Asyl	<b>2015</b>	<b>2179</b>
<b>Gesamthaft</b> (Abteilungen I–V)	<b>8141</b>	<b>9209</b>

<sup>1</sup> Die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II für die Abteilung III erledigten 52 Verfahren sind bei der Abteilung III als Erledigung ausgewiesen.

### Abteilung I

Trotz des Engagements zweier Richter im Gerichtspräsidium und einer Vakanz gelang es der Kammer 1 der Abteilung I, mehr Beschwerdefälle als im Vorjahr zu beurteilen. Gute Fortschritte wurden vor allem bei der Erledigung der Altfälle erzielt, die von den Vorgängerorganisationen übernommen worden waren.

Die Kammer 1 (Infrastruktur, Finanzen, Personal) hatte im Berichtsjahr verschiedene Beschwerden von öffentlichem Interesse zu behandeln. Hervorzuheben sind die Vergabe von Lokalradiokonzessionen sowie mehrere

datenschutzrechtliche Beschwerdefälle. In den Verfahren betreffend die Anflüge auf den Flughafen Zürich wurde eine öffentliche Verhandlung durchgeführt und das Urteil gefällt.

Die Kammer 2 (Abgaberecht) wurde zu Beginn des Berichtsjahres durch die Amtshilfungsverfahren in Sachen USA/UBS erheblich in Anspruch genommen. Neben der Behandlung der ordentlichen Beschwerden in dieser Sache galt es, eine Vielzahl von superprovisorischen Gesuchen zu bearbeiten.

Das im August 2009 abgeschlossene Abkommen zwischen der Schweiz und den USA (s. Einleitung S. 66) führte in der Kammer 2 im Herbst 2009 zu erheblichem Zusatzaufwand. Obwohl mit dem Eingang der Beschwerden erst Anfang 2010 zu rechnen war, mussten bereits ab September 2009 Vorbereitungsarbeiten getätigt werden, die den ordentlichen Geschäftsgang beeinträchtigten. Zur Kompensation wurden die Arbeitspensen mehrerer Richter erhöht.

## Abteilung II

In der Abteilung II nahm die Anzahl hängiger Fälle im Berichtsjahr leicht zu. In der Statistik nicht berücksichtigt sind die von der Abteilung III im Rahmen einer Entlastungsmassnahme im März 2009 übernommenen 89 Beschwerden aus dem Bereich Invalidenversicherung. Bis zum 31. Dezember 2009 konnten 52 dieser Fälle abgeschlossen werden.

Verschiedene Faktoren wirkten sich belastend auf die Erledigungszahlen in den angestammten Rechtsgebieten der Abteilung II aus. Neben den Entlastungsmassnahmen zugunsten der Abteilung III sind insbesondere die anhaltende Zunahme komplexer bzw. mehrstufig zu führender Verfahren zu erwähnen. Zudem steht der Abteilung seit der Pensionierung eines Richters am 31. Dezember 2008 ein 80-Prozent-Richterpensum weniger zur Verfügung. Die Stellenprozente wurden der Abteilung III übertragen (Entlastungsmassnahme). Unter Berücksichtigung der von der Abteilung III übernommenen Fälle gelang es dennoch, die Zahl der Erledigungen nahezu auf dem gleichen Stand zu halten.

Die zu Beginn des Jahres auf der Grundlage der Jahresziele des Gerichts definierten quantitativen Ziele der Abteilung konnten grösstenteils erreicht werden. So wurden die

Beschwerden aus dem Jahre 2007 weitestgehend und ein grosser Teil der Beschwerden aus dem Jahr 2008 erledigt.

Überdurchschnittlich umfangreiche Ressourcen beansprucht haben vier komplexe kartellrechtliche Verfahren und die prioritär zu behandelnden Fälle im Beschaffungswesen. Als ebenfalls besonders aufwendig erwiesen sich die Verfahren in den Bereichen Glücksspiele/Spielbanken und Kapitalmarktaufsicht.

## Abteilung III

Dank der im Jahr 2008 eingeleiteten Entlastungsmassnahmen (Personalaufstockung) konnte für das Berichtsjahr ein leichter Abbau der Pendenzen erzielt werden. Der gegenüber dem Vorjahr deutliche Anstieg des Anteils an materiellen Entscheiden war Folge des gezielten Abbaus der zeitintensiveren Altfälle. Die Abnahme der Neueingänge führte demgegenüber zu einem weiteren Rückgang der formellen Erledigungen.

Zum insgesamt positiven Ergebnis beigetragen hat auch die Zusammenarbeit mit der Abteilung II, die von der Abteilung III 89 Altfälle (Invalidenversicherung) übernommen und davon bis Ende Jahr 52 erledigt hat. Dabei wurde sie von der Abteilung III fachlich (Vorlagen, Modelltexte, Zweitrichter im Spruchgremium) unterstützt.

Für das Berichtsjahr hatte sich die Abteilung zum Ziel gesetzt, die von den Vorgängerorganisationen übernommenen und einen Teil der 2007 eingegangenen Fälle weitestgehend abzubauen. Zudem sollten der Aufbau und die Vermittlung von Wissen innerhalb der Abteilung sichergestellt, die Arbeitsweise der Kanzlei und die Abläufe optimiert und das der Abteilung zustehende Kontingent für Publikationen in der Entscheidungssammlung BVGE ausgeschöpft werden. Diese Ziele konnten grösstenteils umgesetzt werden.

Als problematisch erweist sich, dass die IV-Stelle für Versicherte im Ausland trotz entsprechender Aufforderung nicht bereit ist, ihre Dossiers mit einem Aktenverzeichnis zu versehen. Wie diese Behörde führt auch das Bundesamt für Migration seine Akten mehrheitlich elektronisch. Bei beiden Vorinstanzen ergibt sich ein beachtlicher Mehraufwand daraus, dass der gelieferte Ausdruck solcher Dossiers des Öffern nicht von Anfang an voll-

ständig ist, Aktenstücke teilweise schlecht lesbar sind, die Dossiers nicht streng chronologisch nach Alter der einzelnen Aktenstücke geordnet und auch beim Bundesamt für Migration in weiten Teilen nicht mit einem Inhaltsverzeichnis versehen werden. Die Arbeitsweise mit elektronischen Dossiers ist am Gericht erst punktuell eingeführt und noch mit zahlreichen offenen Fragen verbunden.

### **Abteilungen IV und V**

Das prioritäre Ziel der Asylabteilungen war im Berichtsjahr der Abbau sogenannter älterer Fälle. Als solche wurden alle Beschwerdeverfahren definiert, die vor dem 31. Dezember 2006 eingereicht worden waren. Bei den beiden Abteilungen waren am 1. Januar des Berichtsjahres 822 vor 2006 eingereichte Beschwerden hängig. Bei diesen Fällen konnte das Abbauziel weitgehend erreicht werden: Am 31. Dezember 2009 waren noch 157 Fälle hängig (Abteilung IV: 100, Abteilung V: 57). Von den hängigen 633 Fällen aus dem Jahr 2006 konnten bis am Jahresende 431 (Abteilung IV: 226, Abteilung V: 205) erledigt werden.

Am Anfang des Berichtsjahres wechselte eine Richterin der Abteilung V in die Abteilung III, ohne dass sie ersetzt wurde. Eine weitere Richterin wurde pensioniert. Dennoch gelang es den Asylabteilungen, im Berichtsjahr insgesamt 13 Prozent ihrer Pendenzen abzubauen (Abteilung IV: 17%, Abteilung V: 9%). Waren am 1. Januar 3906 Fälle hängig (Abteilung IV: 2027, Abteilung V: 1879), waren es am 31. Dezember 2009 noch 3402 Fälle (Abteilung IV: 1687, Abteilung V: 1715).

Die Richterinnen und Richter der Abteilungen IV und V kamen zu acht gemeinsamen Sitzungen zusammen, die in erster Linie der Koordination der Rechtsprechung dienten. Dabei wurden mehrere (in der Folge publizierte) Grundsatzurteile gefällt. Diese klärten Fragen im Zusammenhang mit dem Asylwiderruf, der Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen (etwa «nahe Angehörige»), der Bedeutung der Dauer des Auslandsaufenthalts tibetischer Asylsuchender, der Rechtmässigkeit der mündlichen Eröffnung vorinstanzlicher Verfügungen und bestehende Unklarheiten im Zusammenhang mit der Papierlosenbestimmung. Weitere Grundsatzentscheide enthielten ausführliche, in Zusammenarbeit mit

dem Dienst Länderexpertisen des Bereichs Wissen und Dokumentation erstellte Lageanalysen zu wichtigen Herkunftsländern (z.B. Côte d'Ivoire oder religiöse Minderheiten in Iran). In üblicherweise wöchentlich stattfindenden Sitzungen berieten die Präsidien der vier Kammern der beiden Asylabteilungen Koordinationsmassnahmen von geringerer Bedeutung, bereiteten die gemeinsamen Sitzungen der Abteilungen vor und sorgten für Übereinstimmung im administrativen Bereich. Im Rahmen einer gemeinsam mit dem UNHCR organisierten Ausbildungsveranstaltung liessen sich die beiden Abteilungen von verschiedenen Referenten einerseits über das für die Schweiz Ende 2008 in Kraft getretene Dublin-System und andererseits über das Konzept des komplementären Schutzes im internationalen und europäischen Flüchtlingsrecht informieren.

### **Vernehmlassungen**

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung im Zusammenhang mit zehn Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen; es liess sich zu sieben davon vernehmen (u.a. geplante Anpassungen im Asyl- und Ausländerrecht, Bundesgesetz über die Unternehmensjuristen, Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz).

## Koordination der Rechtsprechung

Zur Förderung und Vereinfachung der Koordination hat sich die Präsidentenkonferenz mehrmals mit dem Koordinationsverfahren beschäftigt. Sie einigte sich auf ein modifiziertes Verfahren und erteilte den Auftrag, eine entsprechende Reglementsanpassung in die Wege zu leiten (s. Präsidentenkonferenz S. 71).

Die Präsidentenkonferenz beschloss, dass bei Anwältinnen und Anwälten sowie andern professionell tätigen Rechtsvertreterinnen und -vertretern in der Regel keine Kostennote eingeholt, sondern der zu entschädigende Aufwand geschätzt wird (Praxisänderung).

## Gerichtsverwaltung

### Generalsekretariat

Entsprechend ihrem Fachwissen sind die Bereiche des Generalsekretariats in verschiedene Projekte eingebunden. Im Berichtsjahr beanspruchten diese Sonderaufgaben einen erheblichen Teil der Ressourcen. Hervorzuheben sind das Projekt St. Gallen (s. Projekt St. Gallen S. 79), das Audit zur internen und externen Kommunikation sowie das Projekt Geschäftslastbewirtschaftung. Das Generalsekretariat war sodann verantwortlich für die Logistik bei der von der Abteilung I Ende November / Anfang Dezember während fünf Tagen durchgeführten öffentlichen Verhandlung betreffend den Flughafen Zürich. Diese wurde aufgrund der erwarteten grossen Anzahl von Parteivertretern in externen Lokalitäten durchgeführt und erforderte ein entsprechendes Sicherheitsdispositiv. Im Herbst musste innert kurzer Zeit die notwendige Infrastruktur für die Bewältigung der anfallenden Beschwerden im Zusammenhang mit dem Amtshilfesuch der USA in Sachen UBS geschaffen werden.

### Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 387 Personen tätig: 73 Richterinnen und Richter (64,65 Stellen), 204 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (177,70 Stellen), 43 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (39,0 Stellen) und 66 juristische, wissenschaftliche und administrative Mitarbeitende im Generalsekretariat (60,6 Stellen). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Totalbestand um 21 Personen (21,15 Stellen).

67,4 Prozent aller am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 25,6 Prozent französischer und 7 Prozent italienischer Muttersprache.

Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres 52,5 Prozent; bei den Richterinnen und Richtern 27,4 Prozent, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 53,4 Prozent, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 97,7 Prozent und im Generalsekretariat 47 Prozent.

In Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von 50 bis 90 Prozent arbeiteten 53,4 Prozent der Richterinnen und Richter sowie 44,3 Prozent des nichtrichterlichen Personals.

31 Austritten standen 61 Neueintritte gegenüber. Die Fluktuationsrate betrug 8,2 Prozent. Bei den Richterinnen und Richtern 1,3 Prozent, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 10,5 Prozent und beim übrigen Personal 13,1 Prozent. Der Umzug des Gerichts nach St. Gallen erschwert die Gewinnung von neuem Personal. Dies trifft vorab für Mitarbeitende französischer Muttersprache und nichtjuristisches Fachpersonal zu.

Für die Bearbeitung der UBS-Fälle wurden in der Abteilung I sechs zusätzliche Gerichtsschreiber (5,8 Stellen) und drei Kanzleimitarbeitende (2,3 Stellen) rekrutiert.

Dem Personal des Bundesverwaltungsgerichts wurde die Teilnahme an diversen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen ermöglicht. Zu erwähnen ist insbesondere die auf Anregung des Bundesverwaltungsgerichts von der Universität St. Gallen organisierte Tagung zum Thema «EMRK und die Schweiz», die von vielen Richterinnen, Richtern und Mitarbeitenden besucht wurde.

### Finanzen und Controlling

Die Erfolgsrechnung weist einen Aufwandüberschuss von 65 780 136 Franken aus. Den Erträgen von 3 702 272 Franken stehen Aufwendungen von 69 482 408 gegenüber.

Gegenüber dem Vorjahr ist ein Mehrertrag von 343 467 Franken zu verzeichnen, welcher auf die höher ausgefallenen Gebühren zurückzuführen ist. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 8,785 Mio. Franken höher ausgefallen. 7,769 Mio. Franken entfallen auf den Personalaufwand (5,355 Mio. Franken für das nichtrichterliche und 2,410 Mio. Franken für das richterliche Personal), 1,068 Mio. Franken auf den Sach- und übrigen Betriebsaufwand. Dagegen mussten 52 300 Franken weniger als Einlage in Rückstellungen für aufgelaufene Zeitguthaben aufgewendet werden.

Im Rahmen des Amtshilfeverfahrens USA/UBS musste ein Nachtragskreditbegehren in der Höhe von 1 266 550 Franken gestellt werden, welches vom Parlament bewilligt wurde. Die Aufwendungen dafür betragen 101 772 Franken Personalaufwand und 11 273 Franken Sach- und übrigen Betriebsaufwand. Der anteilige Informatikaufwand betrug 133 757 Franken.

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 408 175 Franken aus, welche ausschliesslich den Informatik-Plattformwechsel betreffen.

	Betrag in CHF
<b>Ertrag</b>	<b>3 702 272</b>
Gebühren	3 564 741
Entgelte	137 531
<b>Aufwand</b>	<b>69 482 408</b>
Personalaufwand	56 451 376
Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	38 723 519
Besoldung der Richter	17 360 355
Übriger Personalaufwand	367 502
Sach- und übriger Betriebsaufwand	12 931 132
Eidgenössische Schätzungskommissionen	150 498
Umzug nach St. Gallen	250 879
Raummiete	5 042 685
Informatik Sachaufwand	4 543 709
Beratungsaufwand	253 536
Übriger Betriebsaufwand	2 689 825
Einlage in Rückstellungen	99 900
Einlage in Rückstellungen aufgelaufene Zeitguthaben	99 900
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>408 175</b>
Informatik-Plattformwechsel	408 175

### Informatik

Als besonders zeitintensiv erwies sich im Berichtsjahr die Evaluation einer neuen IT-Plattform, eines neuen IT-Leistungserbringers und eines neuen Geschäftskontroll- bzw. Dokumentationssystems. Die finanziell und personell aufwendigen Auswahlverfahren sind als Investition in eine optimale administrative und wissenschaftliche Unterstützung der Rechtsprechung anzusehen.

Die Stellenprozente mussten im Bereich Informatik von 350 auf 630 Prozent erhöht werden. Von den für das Jahr 2009 veranschlagten 5 386 914 Franken sind 4 543 709 Franken (84%) beansprucht worden.

## Dokumentation / Bibliothek

Der Bereich Wissen und Dokumentation war intensiv mit der Umsetzung der im September 2008 verabschiedeten Dokumentationspolitik beschäftigt. Im Zusammenhang mit der Evaluation des Geschäftskontrollsystems galt es sicherzustellen, dass die Anforderungen an die juristische Dokumentation der Urteile vom neuen Anbieter erfüllt werden können. Für die Herausgabe der Entscheidungssammlung BVGE musste eine neue Druckerei gefunden werden, weil das Bundesgericht den Verlagsvertrag mit dem Bundesverwaltungsgericht aufgrund des IT-Plattformwechsels per Ende des Publikationsjahres 2009 aufgelöst hat.

Zu ausserordentlichem Aufwand führte die Datenmigration vom Bibliothekenverbund Alexandria zum Verbund «Réseau romand» (RERO). Die Sammlungen der Bibliothek des Bundesverwaltungsgerichts sind seit Dezember 2009 im Verbund RERO integriert. Diesem sind unter anderem die Bibliotheken des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesamts für Justiz und des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung angeschlossen.

## Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht orientiert die Bevölkerung offen und transparent über seine Rechtsprechung. Die Medien, die regelmässig über Gerichtsentscheide berichten, sind ein zentrales Bindeglied zwischen der Öffentlichkeit und der Justiz. Die Medienstelle informiert die akkreditierten Journalisten deshalb kontinuierlich und ausführlich über die Urteile des Bundesverwaltungsgerichts. Ein besonderes Augenmerk gilt den sogenannten «Causes célèbres», Verfahren, die auf grosses öffentliches Interesse stossen. Die Zunahme der akkreditierten Journalisten im Berichtsjahr – von 14 auf 21 – widerspiegelt das stetig wachsende Interesse der schweizerischen und internationalen Presse an der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Eine Delegation des Bundesverwaltungsgerichts traf sich im Berichtsjahr zu einem Gedankenaustausch mit den akkreditierten Journalisten.

## Aufsicht

### Eidgenössische Schätzungscommissionen

Die Aufsicht über die Eidgenössischen Schätzungscommissionen wird von der Delegation für Enteignungsfragen der Abteilung I wahrgenommen. Die Delegation, bestehend aus Beat Forster (Richter, Vorsitz), Claudia Pasqualetto Péquignot (Richterin) und Mario Vena (Gerichtsschreiber, Sekretär), setzte sich an mehreren Sitzungen vorab mit organisatorischen Fragen auseinander. Im Vordergrund stand die Umsetzung der Neuerungen im Rechnungswesen. Der Zahlungsverkehr, die Lohnadministration und das Abrechnungswesen mit der AHV-Ausgleichskasse für die 13 Schätzungscommissionen werden seit dem Berichtsjahr von einem Treuhandbüro erledigt. Weiter galt es, für die Schätzungscommission des Kreises 10 organisatorische und personelle Massnahmen zu prüfen, damit diese die aussergewöhnlich grosse Geschäftslast durch Enteignungsfälle im Zusammenhang mit dem Flughafen Zürich besser bewältigen kann.

### Bundesgericht

An der Aufsichtssitzung des Bundesgerichts vom 3. April 2009 in Luzern wurden die Rechnung 2008, der Voranschlag 2010 und eine mögliche Zusammenarbeit bei der Evaluation der Geschäftslast diskutiert. In der anschliessenden gemeinsamen Sitzung von Bundesgericht, Bundesverwaltungsgericht und Bundesstrafgericht wurden die Aufsicht und die Oberaufsicht über die eidgenössischen Gerichte thematisiert.

An der Sitzung vom 7. September 2009 in Bern ging es um die Anpassung der Richterlöhne der erstinstanzlichen Gerichte des Bundes. Die Aufsichtsbehörde wurde zudem über das Projekt Geschäftslastbewirtschaftung und über die geplanten und zum Teil schon realisierten Vorkehrungen zur Bewältigung der zu erwartenden Amtshilfefälle in Sachen USA/UBS informiert.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Aufsichtsanzeigen ein. Im Asylbereich beanstandete eine Anzeige, dass zwei annähernd identische Sachverhalte unterschiedlich beurteilt worden seien. Die Aufsichtsanzeige wurde als gegenstandslos erklärt, da das Bundesverwaltungsgericht die notwendigen Koordinationsmassnahmen getroffen hatte.

Einer Anzeige im Bereich Invalidenversicherung, welche die überlange Verfahrensdauer bemängelte, wurde keine Folge geleistet, da das Bundesverwaltungsgericht den Fall inzwischen entschieden hatte.

Ebenfalls gegenstandslos wurde eine Anzeige der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), weil das Bundesverwaltungsgericht sein Ortszulagesystem den Forderungen der EFK anpasste.

Der im Jahr 2008 eingereichten und zu Beginn des Berichtsjahres noch hängigen Aufsichtsanzeige eines Bundesverwaltungsrichters, der die Effizienz von Richterinnen und Richtern der Abteilungen IV und V infrage stellte, wurde seitens der Aufsichtsbehörde keine Folge geleistet.

Am 29. Oktober 2009 forderte das Bundesgericht das Bundesverwaltungsgericht mittels Verfügung auf, einen Bericht und Verfahrensunterlagen einzureichen, die über die Dossierführung und Dokumentierung der Entscheidungsfindung am Gericht Auskunft geben.

### **Bundesversammlung**

Am 24. April 2009 gab das Bundesverwaltungsgericht den Subkommissionen Gerichte der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte Auskunft über den Geschäftsbericht 2008. Einlässlich erörtert wurde neben der Informatik und dem Umzug nach St. Gallen auch die Zusammenarbeit mit dem Bundesgericht.

Die Subkommission 2 der Finanzkommission des Nationalrates besuchte das Gericht am 17. August 2009. Sie liess sich dabei über das Controlling am Gericht, den Stand des Projekts IT-Plattformwechsel und die Vorbereitung des Umzugs nach St. Gallen informieren. Thematisiert wurden auch die Verfahrensdauer und die Effizienz des Gerichts.

Seitens des Bundesverwaltungsgerichts wurden die tiefen Anfangslöhne der jüngeren Richterinnen und Richter angesprochen. In diesem Zusammenhang wandten sich die beiden erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichte auch an die Gerichtskommission der eidgenössischen Räte. Es wurde angeregt, den Einstiegslohn zu erhöhen und einen schnelleren Lohnanstieg vorzusehen.

Um den Standortwechsel nach St. Gallen möglichst reibungslos zu gestalten, wurde gegenüber der Gerichtskommission der Wunsch geäussert, die Richterwahlen für die Amtsdauer 2013–2018 möglichst bald durchzuführen.

Mit den Rechts- und Finanzkommissionen des National- und Ständerates wurden die Massnahmen besprochen, die zur Bewältigung der erwarteten Beschwerden im Zusammenhang mit dem Amtshilfesuch der USA in Sachen UBS erforderlich sind. Zur Entlastung des Gerichts bewilligte das Parlament eine vorübergehende Erhöhung der Richterstellen um 500 Prozent. Am 9. Dezember 2009 hat die Bundesversammlung, befristet bis am 31. Oktober 2011 zwei neue Richter gewählt. Bereits früher wurde auf Antrag der Rechtskommissionen der eidgenössischen Räte eine zusätzliche Richterstelle bewilligt, welche die Asylabteilungen entlasten soll (s. Zusammensetzung des Gerichts S. 70).

### **Zusammenarbeit**

---

Das Bundesstrafgericht und das Bundesverwaltungsgericht stehen in regelmässigem Kontakt. Anlässlich des jährlich stattfindenden Treffens der Verwaltungskommissionen der beiden Gerichte standen die Aufsicht durch das Bundesgericht, gemeinsame Anliegen im Bereich Informatik und personalpolitische Fragen im Vordergrund.

## Projekt St. Gallen

---

Zu Beginn des Berichtsjahres beauftragte die Verwaltungskommission die Reflecta AG, Bern, mit der Projektleitung. Auf der Basis der Bedürfnisse der aktuell am Gericht tätigen Personen und der künftigen Nutzer des neuen Gerichtsgebäudes in St. Gallen wurden im Berichtsjahr verschiedene Konzepte (Personalerhaltung und -gewinnung, räumliche Belegung/Möblierung, Betriebsführung, Verpflegung, Kommunikation und Umzug) erarbeitet und genehmigt. Mitarbeitende des Gerichts wurden dafür in verschiedenen Arbeitsgruppen eingesetzt. Zwischen dem Bundesamt für Bauten und Logistik und dem Bundesverwaltungsgericht fanden regelmässige Besprechungen statt.

Die Bauarbeiten gehen voran; der Rohbau wurde bis zum zweiten Obergeschoss (Generalsekretariat und Gerichtssaaltrakt) fertiggestellt und der Turm in Angriff genommen, in welchem sich die Räumlichkeiten der Abteilungen befinden werden. Der Projektausschuss (Vertreter des Hochbauamts St. Gallen, des Bundesamts für Bauten und Logistik, des Bundesverwaltungsgerichts) trat im Berichtsjahr sechs Mal zusammen. Er liess sich durch die Architekten über den Baufortschritt und die Einhaltung der Kosten unterrichten und genehmigte verschiedene, von den Nutzern beantragte Projektänderungen.

Im September 2009 führte die Region Ostschweiz eine Informationsveranstaltung in Aarberg durch. Besonderes Augenmerk galt dabei der Situation der Mitarbeitenden. Das Bundesverwaltungsgericht hat Interesse daran, möglichst viele Personen auch in St. Gallen weiterzubeschäftigen und die Fluktuationsrate trotz dem Umzug niedrig zu halten. Ende des Jahres hat das Bundesverwaltungsgericht mit der Region Ostschweiz eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Unterstützung der Mitarbeitenden im Zusammenhang mit dem Wechsel nach St. Gallen abgeschlossen. Ebenfalls geregelt wurden die Kommunikationsmassnahmen gegen innen und aussen.

Am 21. Dezember 2009 hat eine Delegation der Finanzkommission des Ständerats eine Besichtigung der Baustelle vorgenommen. Vertreten waren ebenfalls der Regierungsrat des Kantons St. Gallen und das Gerichtspräsidium. Es wurde festgestellt, dass das Verfahren der Planung und der Baubewilligung der Stadtvillen rechtlich korrekt abgelaufen ist. Bezüglich der Nähe der Stadtvillen zum Gerichtsgebäude und aus städtebaulichen Gründen ist die Situation jedoch unbefriedigend.

# Art und Zahl der Geschäfte

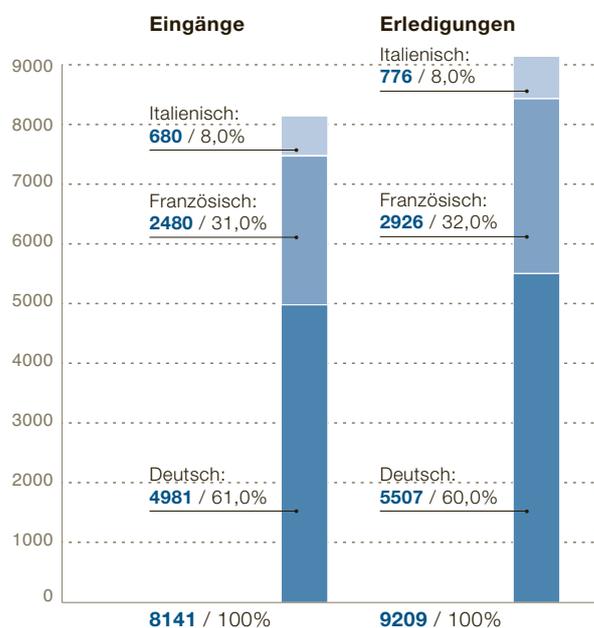
## Geschäfte

	Eingang 2008	Erledigung 2008	Übertrag von 2008	Eingang 2009	Erledigung 2009	Übertrag auf 2010
Beschwerden	7993	8531	7887	7829	8891	6825
Klagen	4	1	4	8	7	5
Andere Rechtsmittel	132	129	13	97	100	10
Revisionsgesuche usw.	232	254	74	207	211	70
<b>Total</b>	<b>8361</b>	<b>8915</b>	<b>7978</b>	<b>8141</b>	<b>9209</b>	<b>6910</b>

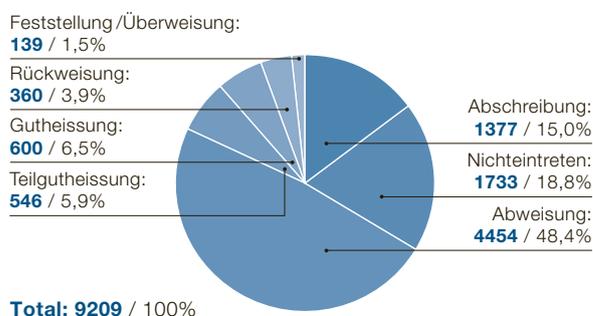
## Verfahrensausgang

	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Feststellung	Überweisung
	1340	1619	4371	586	544	352	30	49
	1	-	2	2	-	-	-	2
	13	8	13	4	-	4	25	33
	23	106	68	8	2	4	-	-
<b>Total</b>	<b>1377</b>	<b>1733</b>	<b>4454</b>	<b>600</b>	<b>546</b>	<b>360</b>	<b>55</b>	<b>84</b>

## Streitsachen nach Sprachen 2009



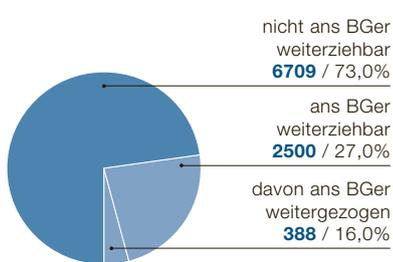
## Art der Erledigung 2009



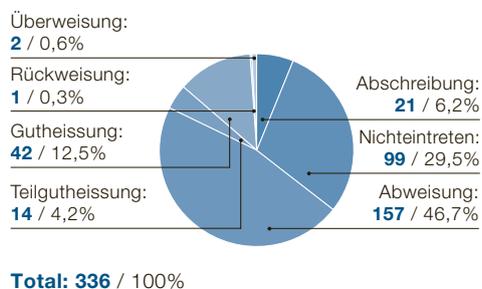
### <sup>1</sup> Übertrag von 2008: 7978\*



### <sup>2</sup> Erledigung 2009: 9209

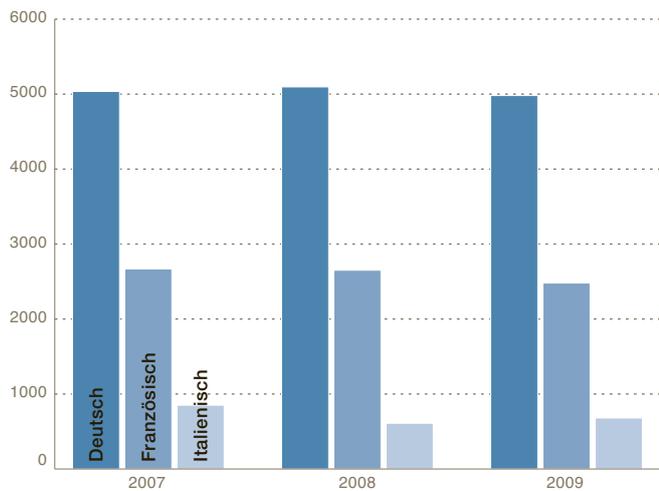


### Erledigung der weitergezogenen Verfahren:

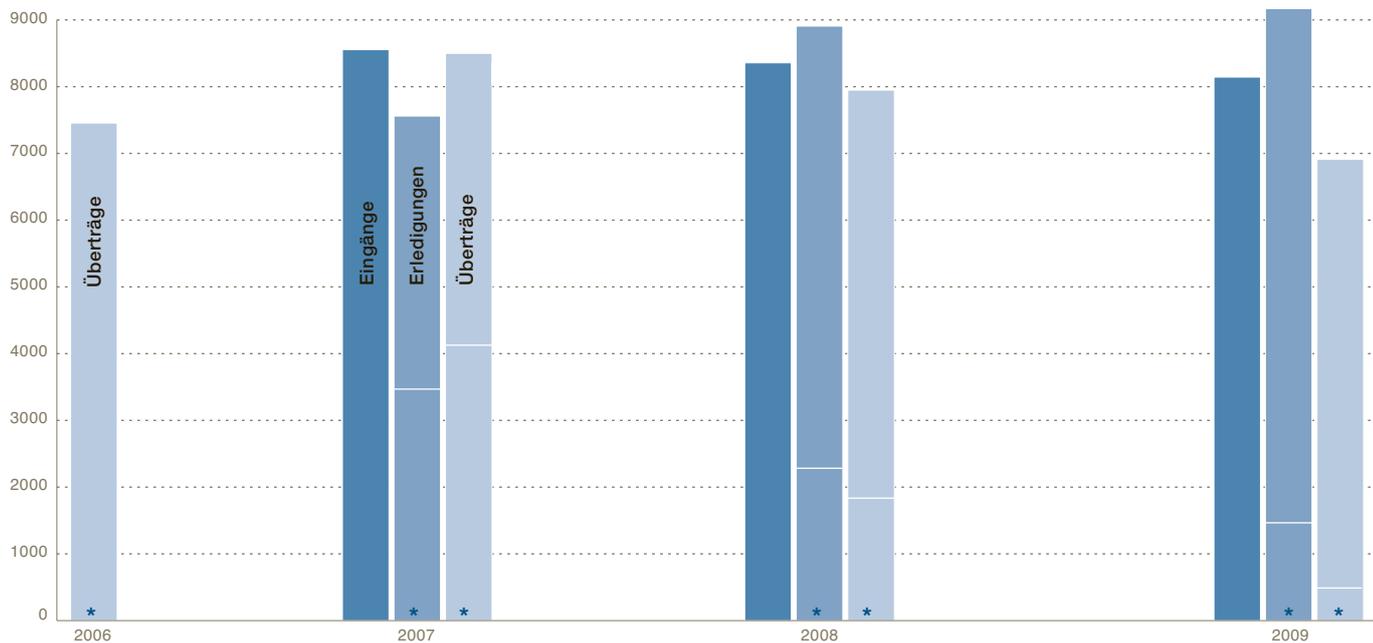


\* Die Differenz zu den übertragenen Verfahren gemäss Geschäftsbericht 2008 ist durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen usw.)

### Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



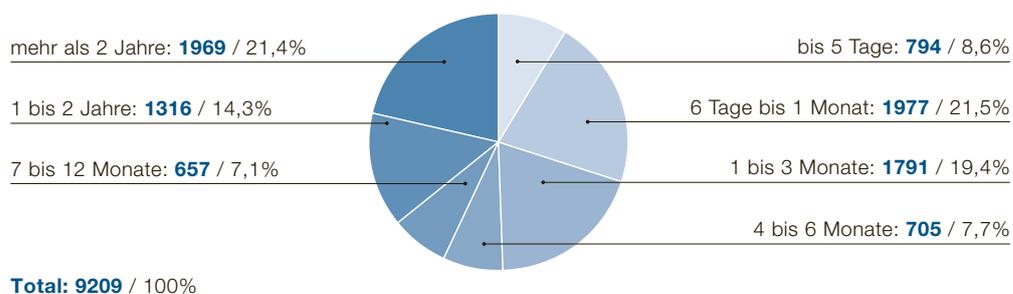
### Eingänge, Erledigungen, Überträge



\* von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten übernommene Verfahren

## Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2009
Beschwerden	722	1866	1711	688	648	1311	1945	<b>8891</b>
Klagen	1	2	1	–	1	2	–	<b>7</b>
Andere Rechtsmittel	52	27	13	6	1	–	1	<b>100</b>
Revisionsgesuche usw.	19	82	66	11	7	3	23	<b>211</b>
<b>Total</b>	<b>794</b>	<b>1977</b>	<b>1791</b>	<b>705</b>	<b>657</b>	<b>1316</b>	<b>1969</b>	<b>9209</b>

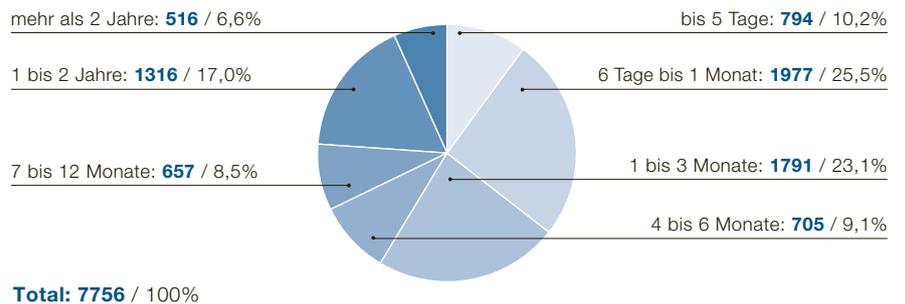


## Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen	Mittlere Dauer in Tagen	Maximale Dauer in Tagen
Beschwerden	414	3335	448	3167
Klagen	181	418	162	289
Andere Rechtsmittel	34	797	234	921
Revisionsgesuche usw.	175	2306	387	2277

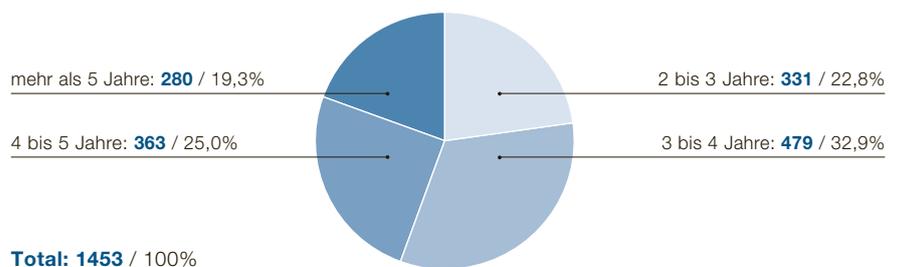
**Dauer der Geschäfte**  
(nur Bundesverwaltungsgericht; Verfahrenseingang ab 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

	Eingang BYGer 2009	Dauer der Geschäfte								Mittlere Dauer Tage	Maximale Dauer Tage
		Erledigung 2009	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre		
Beschwerden	7829	7458	722	1866	1711	688	648	1311	512	211	1055
Klagen	8	7	1	2	1	–	1	2	–	181	418
Andere Rechtsmittel	97	100	52	27	13	6	1	–	1	34	797
Revisionsgesuche usw.	207	191	19	82	66	11	7	3	3	69	961
<b>Total</b>	<b>8141</b>	<b>7756</b>	<b>794</b>	<b>1977</b>	<b>1791</b>	<b>705</b>	<b>657</b>	<b>1316</b>	<b>516</b>		



**Dauer der Geschäfte**  
(von den eidgenössischen Rekurskommissionen und departementalen Beschwerdediensten  
übernommene Verfahren; Verfahrenseingang vor 1.1.2007, Sistierungen inklusive)

	übernommene Verfahren	Dauer der Geschäfte					Mittlere Dauer Tage	Maximale Dauer Tage
		Erledigung 2009	2 bis 3 Jahre	3 bis 4 Jahre	4 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
Beschwerden	1864	1433	319	474	361	279	1472	3335
Revisionsgesuche usw.	25	20	12	5	2	1	1189	2306
<b>Total</b>	<b>1889</b>	<b>1453</b>	<b>331</b>	<b>479</b>	<b>363</b>	<b>280</b>		



# Erledigungsquotienten

## Erledigung Neueingänge (Q1)

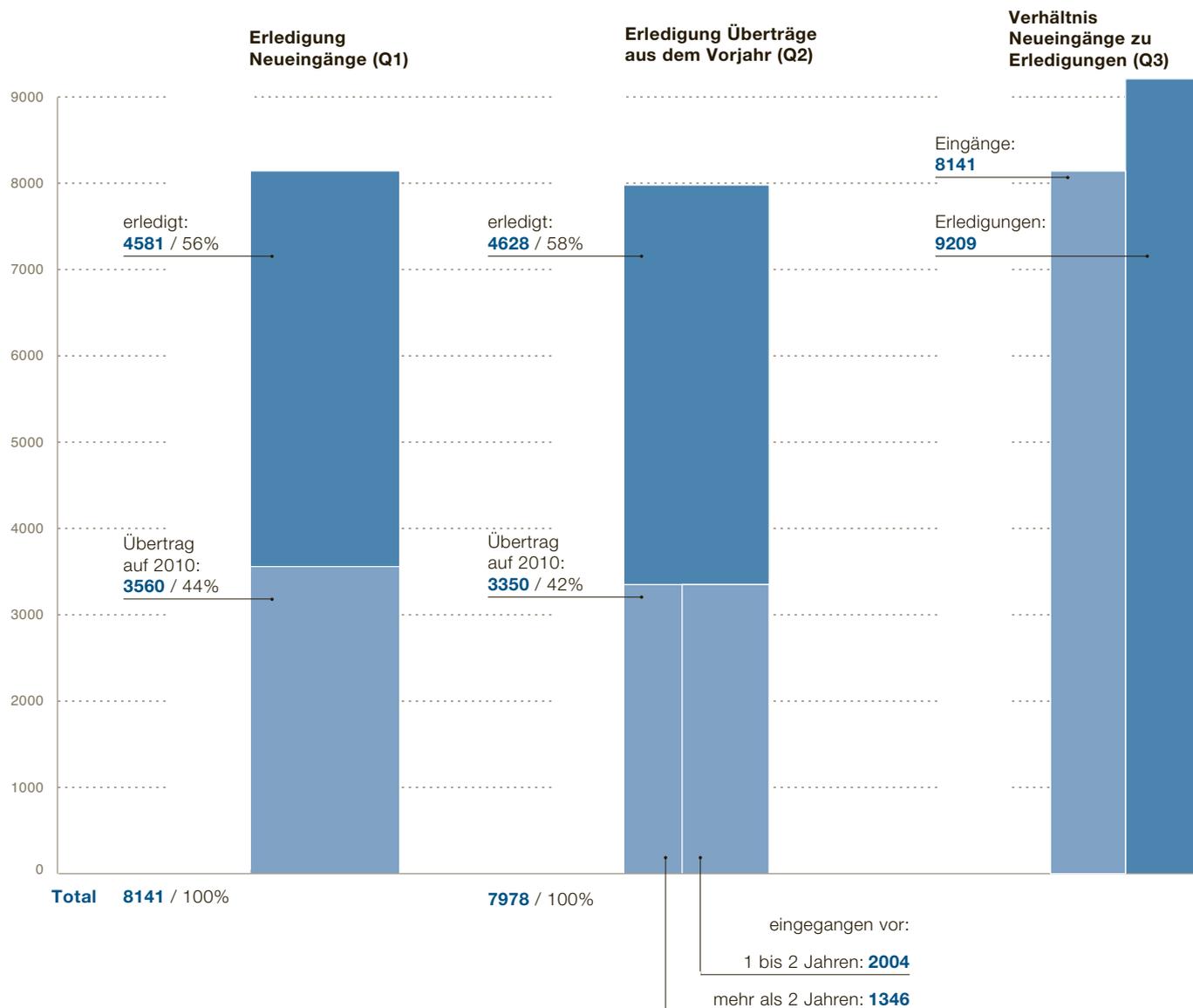
	Neueingang 2009	davon Erledigung 2009	davon Übertrag auf 2010
Abteilung I	499	250 (50%)	249 (50%)
Abteilung II	424	206 (49%)	218 (51%)
Abteilung III	2529	976 (39%)	1553 (61%)
Abteilung IV	2674	1879 (70%)	795 (30%)
Abteilung V	2015	1270 (63%)	745 (37%)
<b>Total</b>	<b>8141</b>	<b>4581 (56%)</b>	<b>3560 (44%)</b>

## Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)

	Übernommene Geschäfte von 2008	davon Erledigung 2009	davon Übertrag auf 2010
	856	561 (66%)	295 (34%)
	396	172 (43%)	224 (57%)
	2820	1851 (66%)	969 (34%)
	2027	1135 (56%)	892 (44%)
	1879	909 (48%)	970 (52%)
<b>Total</b>	<b>7978</b>	<b>4628 (58%)</b>	<b>3350 (42%)</b>

## Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3)

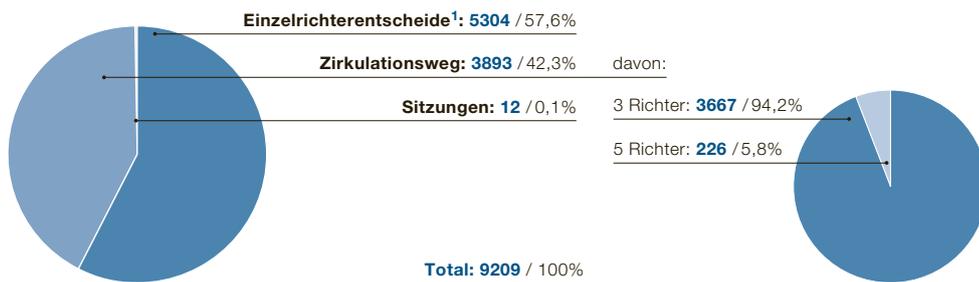
	Neueingang 2009	Erledigung 2009
	499	811 (163%)
	424	378 (89%)
	2529	2827 (112%)
	2674	3014 (113%)
	2015	2179 (108%)
<b>Total</b>	<b>8141</b>	<b>9209 (113%)</b>



# Art der Erledigung (Spruchkörper / Entscheidungsfindung)

	Einzelrichterentscheide	Zirkulationsweg		Total	Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter		3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	5086	3569	224	3793	10	2	12
Klagen	4	2	1	3	-	-	-
Andere Rechtsmittel	83	16	1	17	-	-	-
Revisionsgesuche usw.	131	80	-	80	-	-	-
<b>Total</b>	<b>5304<sup>1</sup></b>	<b>3667</b>	<b>226</b>	<b>3893</b>	<b>10</b>	<b>2</b>	<b>12</b>

## Art der Erledigung

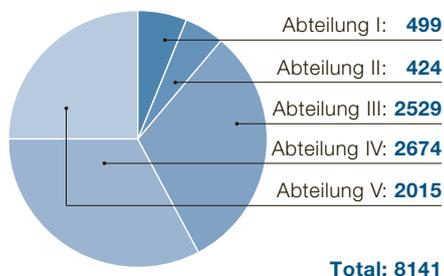


<sup>1</sup> Darin enthalten sind 2004 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweirichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

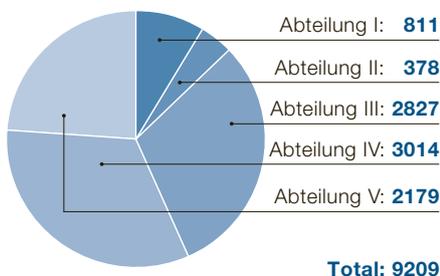
# Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2008	Eingang 2009	Erledigung 2009	Übertrag auf 2010
<b>Abteilung I</b>				
Beschwerden	845	490	793	542
Klagen	4	1	4	1
Andere Rechtsmittel	7	8	14	1
<b>Total</b>	<b>856</b>	<b>499</b>	<b>811</b>	<b>544</b>
<b>Abteilung II</b>				
Beschwerden	396	411	371	436
Klagen	–	7	3	4
Andere Rechtsmittel	–	3	1	2
Revisionsgesuche usw.	–	3	3	–
<b>Total</b>	<b>396</b>	<b>424</b>	<b>378</b>	<b>442</b>
<b>Abteilung III</b>				
Beschwerden	2813	2512	2809	2516
Andere Rechtsmittel	5	6	9	2
Revisionsgesuche usw.	2	11	9	4
<b>Total</b>	<b>2820</b>	<b>2529</b>	<b>2827</b>	<b>2522</b>
<b>Abteilung IV</b>				
Beschwerden	1993	2528	2863	1658
Andere Rechtsmittel	–	44	41	3
Revisionsgesuche usw.	34	102	110	26
<b>Total</b>	<b>2027</b>	<b>2674</b>	<b>3014</b>	<b>1687</b>
<b>Abteilung V</b>				
Beschwerden	1840	1888	2055	1673
Andere Rechtsmittel	1	36	35	2
Revisionsgesuche usw.	38	91	89	40
<b>Total</b>	<b>1879</b>	<b>2015</b>	<b>2179</b>	<b>1715</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>7978</b>	<b>8141</b>	<b>9209</b>	<b>6910</b>

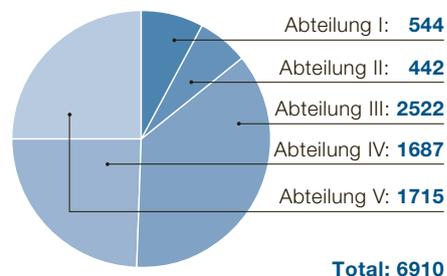
**Eingang 2009**



**Erledigung 2009**



**Übertrag auf 2010**



# Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (3-Jahres-Vergleich)

	Eingang			Erledigung		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009
<b>Abteilung I</b>						
Beschwerden	611	736	490	618	697	793
Klagen	1	4	1	–	1	4
Andere Rechtsmittel	10	9	8	8	5	14
Revisionsgesuche usw.	4	3	–	3	4	–
<b>Total</b>	<b>626</b>	<b>752</b>	<b>499</b>	<b>629</b>	<b>707</b>	<b>811</b>
<b>Abteilung II</b>						
Beschwerden	426	560	411	390	448	371 <sup>1</sup>
Klagen	–	–	7	1	–	3
Andere Rechtsmittel	–	1	3	–	1	1
Revisionsgesuche usw.	2	1	3	1	2	3
<b>Total</b>	<b>428</b>	<b>562</b>	<b>424</b>	<b>392</b>	<b>451</b>	<b>378</b>
<b>Abteilung III</b>						
Beschwerden	3494	2766	2512	2760	2891	2809 <sup>2</sup>
Andere Rechtsmittel	15	17	6	14	15	9
Revisionsgesuche usw.	9	13	11	8	14	9
<b>Total</b>	<b>3518</b>	<b>2796</b>	<b>2529</b>	<b>2782</b>	<b>2920</b>	<b>2827</b>
<b>Abteilung IV</b>						
Beschwerden	2114	2183	2528	1993	2495	2863
Andere Rechtsmittel	58	49	44	56	53	41
Revisionsgesuche usw.	94	102	102	120	118	110
<b>Total</b>	<b>2266</b>	<b>2334</b>	<b>2674</b>	<b>2169</b>	<b>2666</b>	<b>3014</b>
<b>Abteilung V</b>						
Beschwerden	1599	1749	1888	1439	2000	2055
Andere Rechtsmittel	42	56	36	44	55	35
Revisionsgesuche usw.	88	112	91	96	116	89
<b>Total</b>	<b>1729</b>	<b>1917</b>	<b>2015</b>	<b>1579</b>	<b>2171</b>	<b>2179</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>8567</b>	<b>8361</b>	<b>8141</b>	<b>7551</b>	<b>8915</b>	<b>9209</b>

<sup>1</sup> exkl. 52 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme für die Abteilung III erledigt wurden.

<sup>2</sup> inkl. 52 Verfahren, die im Rahmen einer Entlastungsmassnahme von der Abteilung II erledigt wurden.

# Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Staat – Volk – Behörden</b>						
613.10 Meinungs- und Informationsfreiheit, Medienfreiheit, Petitionsrecht	-	-	-	-	-	-
614.00 Bürgerrecht, Ausländerrecht, Asylrecht	6294	-	74	204	-	6572
614.10 Bürgerrecht	84	-	-	-	-	84
614.20 Ausländerrecht	1158	-	3	6	-	1167
614.40 Asylverfahren	4880	-	69	198	-	5147
614.60 Asyl verschiedenes	69	-	1	-	-	70
614.70 Anerkennung der Staatenlosigkeit	6	-	-	-	-	6
614.80 Ausweisschriften	97	-	1	-	-	98
615.10 Staatshaftung (Bund)	16	1	-	-	-	17
617.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	32	-	1	-	-	33
621.00 Stiftungsaufsicht	3	-	-	-	-	3
631.00 Strafprozess. Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	1	-	-	-	-	1
632.10 Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsverfahren des Bundes	31	-	6	1	-	38
637.00 Amts- und Rechtshilfe	28	-	-	-	-	28
<b>Total Staat – Volk – Behörden</b>	<b>6405</b>	<b>1</b>	<b>81</b>	<b>205</b>	<b>-</b>	<b>6692</b>

## Schule – Wissenschaft – Kultur

639.99 Schule, Wissenschaft und Forschung	79	-	-	-	-	79
643.99 Sprache, Kunst und Kultur	7	-	-	-	-	7
646.00 Natur- und Heimatschutzrecht	6	-	-	-	-	6
<b>Total Schule – Wissenschaft – Kultur</b>	<b>92</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>92</b>

## Landesverteidigung

<b>Total</b>	<b>9</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>9</b>
--------------	----------	----------	----------	----------	----------	----------

## Finanzen

660.00 Subventionen	-	-	-	-	-	-
661.00 Zölle	52	-	-	-	-	52
662.00 Direkte Steuern	5	-	-	-	-	5
663.00 Stempelabgaben	5	-	-	-	-	5
664.00 Indirekte Steuern	144	-	2	-	-	146
664.10 Warenumsatzsteuer	-	-	-	-	-	-
664.20 Mehrwertsteuer	121	-	2	-	-	123
664.50 Schwerverkehrsabgabe	11	-	-	-	-	11
664.70 Verschiedene indirekte Steuern	12	-	-	-	-	12
665.00 Verrechnungssteuer	16	-	-	-	-	16
<b>Total Finanzen</b>	<b>222</b>	<b>-</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>224</b>

## Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

673.00 Enteignung	44	-	1	-	-	45
674.00 Energie	5	-	-	-	-	5
675.00 Strassenwesen	7	-	-	-	-	7
676.00 Öffentliche Werke des Bundes und Verkehr	297	1	-	-	-	298
676.10 Eisenbahnen	33	-	-	-	-	33
676.20 Nationalstrassen	15	-	-	-	-	15
676.30 Luftfahrtanlagen	161	1	-	-	-	162
676.40 Elektrische Anlagen	79	-	-	-	-	79
676.50 Übrige Anlagen	9	-	-	-	-	9
677.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	24	-	-	-	-	24
678.00 Post, Fernmeldewesen	36	-	-	-	-	36
679.00 Radio und Fernsehen	40	-	-	-	-	40
<b>Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>	<b>453</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>455</b>

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Entscheidung aufgrund Rückweisung	Total
<b>Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</b>						
679.90 Gesundheit	2	-	-	-	-	2
680.00 Medizinalberufe	12	-	-	1	-	13
680.40 Heilmittel	25	-	-	1	-	26
680.50 Chemikalien	6	-	-	-	-	6
681.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	2	-	-	-	-	2
682.00 Krankheits- und Unfallbekämpfung	3	-	-	-	-	3
683.00 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	2	-	-	-	-	2
684.00 Arbeit (öffentliches Recht)	48	-	-	-	-	48
685.00 Sozialversicherung	1358	-	3	2	-	1363
685.01 Sozialversicherung AT	3	-	-	-	-	3
685.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	126	-	-	-	-	126
685.30 Invalidenversicherung (IV)	1019	-	3	2	-	1024
685.50 Berufliche Vorsorge	108	-	-	-	-	108
685.70 Krankenversicherung	50	-	-	-	-	50
685.80 Unfallversicherung	37	-	-	-	-	37
685.92 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
686.00 Familienzulagen (Landwirtschaft)	-	-	-	-	-	-
686.20 Arbeitslosenversicherung	15	-	-	-	-	15
687.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	2	-	-	-	-	2
688.00 Fürsorge	28	-	-	-	-	28
<b>Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit</b>	<b>1488</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>-</b>	<b>1495</b>
<b>Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</b>						
690.00 Wirtschaft (öffentliches Recht)	23	2	-	-	-	25
692.00 Preisüberwachung	-	-	-	-	-	-
693.00 Landwirtschaft	25	-	-	2	-	27
693.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
695.99 Handel, Kredit und Privatversicherung	50	-	1	-	-	51
699.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie	-	-	-	-	-	-
<b>Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit</b>	<b>98</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>103</b>
<b>Diverse Rechtsgebiete</b>						
709.90 Familienrecht	-	-	-	-	-	-
713.10 Familienrecht. Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
739.90 Obligationenrecht	8	-	-	-	-	8
748.10 Revisionsaufsicht	8	-	-	-	-	8
768.00 Handelsregister- und Firmenrecht	-	-	-	-	-	-
769.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz	111	3	7	-	-	121
770.00 Marken-, Design- und Sortenschutz	91	-	-	-	-	91
771.00 Erfindungspatente	1	-	-	-	-	1
772.00 Urheberrecht	2	-	-	-	-	2
773.00 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	16	3	7	-	-	26
776.00 Kartellrecht	1	-	-	-	-	1
949.91 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
990.00 Übriges (diverse Rechtsgebiete)	5	-	5	-	-	10
<b>Total diverse Rechtsgebiete</b>	<b>124</b>	<b>3</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>139</b>
<b>Gesamttotal</b>	<b>8891</b>	<b>7</b>	<b>100</b>	<b>211</b>	<b>-</b>	<b>9209</b>

# Vergleichstabelle: Kennzahlen des Bundesgerichts, Bundesstrafgerichts und Bundesverwaltungsgerichts

## Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)

	Bundesgericht	Bundesstrafgericht <sup>1</sup>	Bundesverwaltungsgericht
Anzahl Richter/innen	38,00	15,60	64,65
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	127,00	17,60	177,70
Anzahl übrige Mitarbeitende	152,40	17,10	99,60

## Geschäftslast

Bestand am Anfang des Jahres	2284	190	7978
Anzahl Eingänge	7192	757	8141
Anzahl Erledigungen	7242	751	9209
Bestand am Ende des Jahres	2234	196	6910
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	131	–	405
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	6	1	1346
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2009 eingegangenen Fällen	69%	75%	56%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2009 erledigten Fälle	99%	98%	58%
Q3: Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen	101%	99%	113%

## Finanzen

Ausgaben	89 896 742	12 378 789	69 890 582
Einnahmen	16 286 872	1 049 021	3 702 272

Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben	18,1%	8,5%	5,3%
--	-------	------	------

## Ausgaben betreffend:

	72 612 807	8 546 833	56 451 376
Besoldungen und Saläre	80,8%	69,0%	80,8%
Unentgeltliche Rechtspflege	632 343	1 886 285	53 179
	0,7%	15,3%	0,1%
Infrastruktur (Miete, Unterhalt)	8 009 624	822 970	5 047 492
	8,9%	6,7%	7,2%
Aufbau oder Einrichtung einer neuen Infrastruktur (Informatik)	1 350 656	–	408 175
	1,5%	–	0,6%
Informatik	3 206 861	413 713	4 543 709
	3,6%	3,3%	6,5%
Andere Ausgaben	4 084 451	708 987	3 386 653
	4,5%	5,7%	4,8%

<sup>1</sup> ohne Untersuchungsrichter

**Herausgeber: Bundesgericht**

Av. du Tribunal fédéral 29  
CH-1000 Lausanne 14  
Telefon 021 318 91 11  
direktion@bger.admin.ch  
www.bger.ch

Schweizerhofquai 6  
CH-6004 Luzern  
Telefon 041 419 35 55

**Bundesstrafgericht**

Postfach 2720  
CH-6501 Bellinzona  
Telefon 091 822 62 62  
info@bstger.admin.ch  
www.bstger.ch

**Bundesverwaltungsgericht**

Schwarztorstrasse 59  
Postfach  
CH-3000 Bern 14  
Telefon 058 705 26 26  
info@bvger.admin.ch  
www.bvger.ch

**Gestaltung und Satz:** Jeanmaire & Michel AG; [www.agentur.ch](http://www.agentur.ch)

Diese Publikation ist auch in Französisch und Italienisch erhältlich;  
sie ist mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift  
Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via [kanzlei@bger.admin.ch](mailto:kanzlei@bger.admin.ch) zu bestellen.

ISSN 1423-1794  
Form 101.132.d